



17 Jahre

hat das Wappen unseres Ortes den Kopf von „ars communalis“ geziert, das links engagierte Bürger von Petershagen/Eggersdorf ihren Nachbarn anbieten. So lange hat niemand Anstoß daran genommen.

Jetzt aber wurde amtlich festgestellt: Das geht so nicht! Unser Ortswappen darf nicht von jedermann verwendet werden.

Wir bleiben unserer Heimatgemeinde trotzdem wie bisher in Zuneigung und konstruktivem Streit verbunden.

DIE LINKEN Petershagen/Eggersdorf



- Diplomjuristin und Rechtsanwältin
- wohnt in Bernau-Schönow
- 54 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder
- ab 2009 Aufsichtsrätin in der GEWOBAG
- seit 2016 Ombudsfrau des Landkreises Barnim für die Kosten der Unterbringung gem. SGB II
- stellvertretende Kreisvorsitzende DIE LINKE. Barnim

Mein Name ist Kerstin Kühn

und ich kandidiere für DIE LINKE. in Ihrem Wahlkreis für den Bundestag. Gern hätte ich den mit Herrn von der Marwitz (CDU) nach seinen Wünschen vereinbarten Termin im Juli für ein öffentliches Gespräch in Petershagen genutzt, um für meine, die Positionen der LINKEN, zu streiten.

Er hat leider 24 Stunden vorher „aus Termingründen“ abgesagt.

Mit diesen wenigen Zeilen möchte ich Ihnen einige wichtige Positionen der LINKEN nahebringen, für die es sich allein schon lohnt, zur Wahl anzutreten.

Die steigende Kinderarmut, die für immer mehr Menschen schlechten Arbeitsbedingungen (Leiharbeit, Teilzeit, Befristungen, Zwang zum Aufstocken) und die Altersarmut sind nicht, wie andere erzählen, vom Himmel gefallen, sondern Folge der Politik von SPD, CDU, Grünen und FDP seit den 90er Jahren.

Agenda 2010, Renten- und Gesundheitsreform haben uns in diese für viele prekäre Lage geführt.

Deshalb will DIE LINKE – und dafür stehe ich mit meiner Person – dass jeder Mensch gut leben kann und eine Perspektive hier vor Ort hat.

Wer arbeitet oder tatsächlich bedürftig ist, braucht dafür kein Mitleid oder Sonntagsreden, sondern endlich konsequentes Handeln der Politiker.

Wir brauchen wieder mehr Gerechtigkeit, von der in Deutschland viel verloren gegangen ist.

Wochen vor der Wahl wird regelmäßig berichtet, wie satt die Steuereinnahmen sprudeln und plakatiert, wie gut es Deutschland doch geht. Doch viele Menschen fragen, warum davon bei Ihnen nichts ankommt. Weiter so?



**Sozial. Gerecht.
Frieden. Für alle.**

DIE LINKE.
BRANDENBURG

Selbstverständliches wollen wir wieder selbstverständlich machen: Jeder soll von seiner Arbeit leben können, jedes Kind soll wieder die gleichen Chancen haben und jeder Rentner soll seinen Lebensabend angemessen genießen können!

Dafür stehen wir mit unseren Vorschlägen.

Es geht uns um gute Arbeit.

Wir wollen den Mindestlohn auf 12 € erhöhen und Befristungen von Arbeit ohne sachlichen Grund, Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen abschaffen. Statt unfreiwilliger Teilzeit für die einen und Überstunden für die anderen wollen wir eine kürzere Vollzeit für alle.

Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg. Es muss ersetzt werden durch eine Mindestsicherung von 1.050 € ohne Sanktionen.

Das Arbeitslosengeld I muss länger und schneller bezogen werden können.

Wir brauchen eine andere Rentenpolitik

Gute Rente muss armutsfest sein und den erarbeiteten Lebensstandard sichern. Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent hoch.

Für einen „Durchschnittsrentner“ sind das 130 € im Monat mehr. Wir brauchen eine Mindestrente von 1.050 €. Die Ostrenten müssen endlich denen im Westen angepasst werden.

Zeiten im Niedriglohn wollen wir besser bewerten: Für eine Verkäuferin wären das 270 € im Monat mehr.



Eine solidarische Gesundheitsversicherung muss her, in die alle mit allen Einkommen einzahlen. Arbeitgeber und Beschäftigte tragen die Beiträge zu gleichen Teilen. Auch die Beitragsbemessungsgrenze gehört abgeschafft. Andere europäische Länder zeigen, wie gut das gehen kann.

Damit können die Beiträge gesenkt werden und Zuzahlungen entfallen.

Dieser Anspruch gilt auch für eine solidarische Pflegeversicherung, in die nicht zugezahlt werden muss. Alle sollen die Möglichkeit haben, gut und nah am Wohnort gepflegt zu werden.

Das alles muss und kann finanziert werden, in dem das Steuerrecht verändert wird.

Hohe Einkommen müssen stärker belastet werden, um die unteren und mittleren zu entlasten. Eine linke Utopie? Nein, jüngere deutsche Geschichte. Aber die Abgaben der besonders Wohlhabenden wurden verringert!

Wir wollen alle entlasten, die (alleinstehend, Steuerklasse 1) weniger als 7.100 € brutto im Monat verdienen: Wer 1.700 € hat, behält 130 € mehr, wer 3.400 € verdient, behält 215 € mehr. Dafür belasten wir hohe Einkommen und Managergehälter mit höheren Steuersätzen.

Den Billigtarif für die Versteuerung von Kapitalerträgen (Abgeltungsteuer) wollen wir abschaffen. Jemand, der an der Börse spekuliert oder von riesigen Vermögen lebt, muss mindestens genauso viel Steuern zahlen, wie Menschen, die täglich arbeiten gehen. Dann ist genug für alle da.

Wir wollen eine Steuer von 5 Prozent ab der zweiten Million € Vermögen einführen. Mit den so erzielten Mitteln soll in gute Schulen, Kitas und Krankenhäuser investiert werden.

Wo bleiben nun Umweltschutz und Klimawandel, die Mieten, die Digitalisierung oder der Weltfrieden? Die Linken haben auch dazu klare Antworten, für die in diesem Blatt allerdings der Platz fehlt.

Es lohnt sich nachzulesen:

www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Es stehen dringende Veränderungen in unserer Gesellschaft an, die nicht durch Aussitzen Wirklichkeit werden.

Soziale Gerechtigkeit gibt es nicht ohne Kampf.

Nur mit einer starken Fraktion der LINKEN im Bundestag können diese Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das hat sich auch schon in der vergangenen Zeit gezeigt. So war die LINKE die erste Partei, die sich für einen Mindestlohn stark gemacht hat. Ich bin überzeugt, dass nur konsequenter politischer Druck sowohl im Bundestag, als auch außerparlamentarisch zu Veränderungen führen wird.

Dafür braucht es eine starke LINKE. Ich möchte gern für Sie und vor allem mit Ihnen dafür kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen Kerstin Kühn

